

Pressemitteilung anlässlich der 2000. Tagung des Rates (Brüssel, 17. April 1997)

Legende: Diese Pressemitteilung, die am 17. April 1997 anlässlich der 2000. Tagung des Rates der Europäischen Union am 21. und 22. April 1997 in Luxemburg herausgegeben wurde, fasst die wichtigsten Daten, Ereignisse und Zahlen zusammen, die die Entwicklung dieses Organs und seine Funktionsweise über dreißig Jahre hinweg geprägt haben.

Quelle: Pressemitteilung, 2000. Tagung des Rates am 21. und 22. April in Luxemburg. 7361/97 (Presse 109). Brüssel: Rat der Europäischen Union - Generalsekretariat, 17.04.1997. 14 S.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2012

URL: http://www.cvce.eu/obj/pressemitteilung_anlasslich_der_2000_tagung_des_rates_brussel_17_april_1997-de-8d9fe988-cb85-49d3-ae55-02f236db78c4.html

Publication date: 04/09/2012

Pressemitteilung (Brüssel, 17. April 1997) 2000. Tagung des Rates am 21. und 22. April 1997 in Luxemburg

Der Rat der Europäischen Union wird am Montag, den 21. und Dienstag, den 22. April 1997 in Luxemburg - als Rat „Landwirtschaft“ - zu seiner 2000. Tagung zusammentreten.

Trotz dieser Zahl, die groß gefeiert werden sollte, wird diese Ratstagung – wie es der für den Rat traditionellen strengen Disziplin entspricht – im wesentlichen eine normale Arbeitstagung sein, die den verschiedenen Agrardossiers und insbesondere der Festlegung der Preise für das Wirtschaftsjahr 1997-98 und den flankierenden Maßnahmen gewidmet sein wird.

Zur Begehung dieses Ereignisses wird der Vorsitz jedoch am Abend des 21. April einen Empfang für die Tagungsteilnehmer geben, zu dem auch die in Luxemburg anwesenden Journalisten geladen sind.

Wie bei jedem Jubiläum steht die Vergangenheit dieses nunmehr „altherwürdigen“ Rates ganz selbstverständlich im Vordergrund. So sei zunächst festgestellt, daß mit der derzeitigen Durchnummerierung der Ratstagungen erst mit Inkrafttreten des „Fusionsvertrags“, durch den ein gemeinsamer Rat und eine gemeinsame Kommission eingesetzt wurden, am 1. Juli 1967 begonnen wurde. Davor hatten bereits etwa 460 Tagungen des EGKS-Rates – seit 1952 – und des EWG- und Euratom-Rates – seit 1958 – stattgefunden.

Während bis zur 1000. Tagung – ebenfalls einem Agrarrat in Luxemburg – beinahe 18 Jahre – von Juli 1967 bis April 1985 – vergingen, dauerte es nur zwölf Jahre bis zur 2000. Tagung.

1967 versammelten sich um den Verhandlungstisch im Rat lediglich sechs Gründerländer mit vier Sprachen; durch die aufeinanderfolgenden Erweiterungen von 1973 (Dänemark, Irland und Vereinigtes Königreich), 1981 (Griechenland), 1986 (Spanien und Portugal) und schließlich 1996 (Österreich, Finnland und Schweden) hingegen vergrößerte sich die Zahl der Länder auf fünfzehn mit elf Sprachen, was erhebliche Auswirkungen auf die Funktionsweise des Rates hatte.

Nicht nur die Säle und die Zahl der Dolmetscher mußten vergrößert werden; auch die Dauer einer „Tischumfrage des Rates“ hat sich derart verlängert, daß die Minister auf jeder Tagung nur noch eine begrenzte Zahl von Themen gründlich erörtern können. Das hat zur Folge, daß immer mehr Fragen in den vorbereitenden Ratsgremien gelöst werden müssen.

Die Entwicklung der Tätigkeiten und der spezifischen Politiken der Gemeinschaft und seit 1993 der Union hat auch in der Entwicklung des Rates ihren Niederschlag gefunden: Mit dem „Fusionsvertrag“ war zwar ein gemeinsamer Rat geschaffen worden, dieser tagte aber von Anfang an nur in besonderen Zusammensetzungen, insbesondere als Rat „Auswärtiges“ (oder „Allgemeine Angelegenheiten“), „Landwirtschaft“, „Wirtschaft und Finanzen“, „Arbeit und Soziales“, „Verkehr“, „Haushalt“ sowie „EGKS“ und „Euratom“.

Mit dieser Differenzierung war bereits zu Zeiten des EWG-Rates begonnen worden, in dem sich allerdings noch zu Beginn der 60er Jahre die Außen-, Wirtschafts- oder Finanz- und Landwirtschaftsminister gemeinsam versammelten, um die Grundlagen für die gemeinsame Agrarpolitik festzulegen.

Im Laufe der Jahre sind neue Sonderformationen wie Forschung, Energie, Umwelt, Industrie, Binnenmarkt, Fischerei, Entwicklungszusammenarbeit etc. hinzugekommen, und zwar häufig dann, wenn in einem Bereich ein Bedarf nach gemeinsamem Handeln entstand, um zusammen neuen Herausforderungen zu begegnen oder Probleme zu lösen, die sich aus den industriellen Veränderungen oder den technischen Entwicklungen ergaben. Oder es wurden Tagungen in Ad-hoc-Zusammensetzungen einberufen, wenn es darum ging, bestimmte sehr spezifische Probleme (Textil- oder Stahlkrise, Patente, Post und Telekommunikation, Verhandlungen im Handelssektor) zu behandeln.

Andere Zusammensetzungen wie Bildung und Kultur, Gesundheit oder Justiz haben sich erst spät im Zuge der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit (Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten) entwickelt, da

einschlägige vertragliche Bestimmungen anfänglich fehlten.

In diesem Zusammenhang sei auch daran erinnert, daß die Außenminister über lange Jahre abwechselnd im Rahmen des Rates oder im Rahmen der politischen Zusammenarbeit tagten. Um diese Unterscheidung deutlich zu machen, sind sie einmal in den 70er Jahren am selben Tag morgens in Kopenhagen im Rahmen der politischen Zusammenarbeit und nachmittags in Brüssel als Rat zusammengetreten.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht sind diese subtilen Unterschiede endgültig verschwunden, da mit diesem Vertrag die Befugnisse des Rates als gemeinsames Organ für die drei Säulen des neuen europäischen „Hauses“ fest verankert und gleichzeitig für jede Säule eigene Beschlußverfahren beibehalten wurden.

In Anlage I dieser Mitteilung wird die Entwicklung des Rates in seinen verschiedenen Zusammensetzungen aufgezeigt. Daraus geht hervor, daß die Zahl der jährlichen Tagungen stetig gestiegen ist von 20 im Jahre 1967 auf die Höchstzahl von 96 Tagungen im Jahre 1993; seither hat sich die Zahl auf etwa 90 eingependelt.

Im Jahresrhythmus der Ratstagungen sind zwei Spitzenzeiten zu verzeichnen: die erste im Juni am Ende des Vorsitzes des ersten Halbjahres und die zweite mit einer oftmals noch größeren Zahl von Tagungen im Dezember, die mit einer Reihe von Jahresendterminen zusammenfällt. Die Minister für auswärtige Angelegenheiten, für Landwirtschaft sowie für Wirtschaft und Finanzen treffen sich in der Regel einmal im Monat. Die anderen Ratstagungen finden je nach Bedarf statt, die meisten ein- oder zweimal je Vorsitz.

Wenn sich der Rat – abgesehen von den im April, Juni und Oktober in Luxemburg stattfindenden Tagungen – auch normalerweise in Brüssel trifft, so sind Ratstagungen auch schon an anderen Orten abgehalten worden, so z. B. in Genf, Tokio, Marrakesch oder Singapur im Rahmen der GATT- oder der WTO-Verhandlungen oder zur Koordination der Tätigkeit internationaler Organisationen vor Ort, beispielsweise in New York für die Vereinten Nationen oder in Nairobi für die CNUCED oder im Rahmen des Lomé-Abkommens in Fidschi, auf den Bahamas, in Lomé, auf Mauritius etc.

Neben den 2000 seit 1967 abgehaltenen förmlichen Ratstagungen werden in jedem Halbjahr vom jeweiligen Vorsitz in seinem Land eine Reihe informeller Tagungen organisiert. Diese Tagungen sollten die normalen Tätigkeiten des Rates in der Regel nicht ersetzen oder zu förmlichen Schlußfolgerungen führen, sondern den Ministern Gelegenheit geben, möglichst frei über allgemeine Themen nachzudenken oder sich darüber auszutauschen, um Leitlinien für das künftige Vorgehen in einem bestimmten Bereich auszuarbeiten. Einige dieser informellen Tagungen, wie insbesondere die Tagungen der Außenminister auf Schloß Gymnich oder die ECOFIN-Tagungen, sind oftmals von besonderer politischer Tragweite, da versucht wird, auf diesen Tagungen besonders brisante Themen zur Sprache zu bringen.

Die ersten Jahre des Rates waren mehr als die darauffolgenden gekennzeichnet durch die berühmten „Marathonsitzungen“. Diese Verhandlungen bis zum „finish“, die sich über mehrere Tage und Nächte erstrecken und lange ununterbrochene Sitzungen in engem Rahmen umfassen, dienten zunächst der Aushandlung der Grundlagen der gemeinsamen Agrarpolitik und später oftmals der alljährlichen Festsetzung der Agrarpreise. Andere Ratstagungen dieser Art folgten bei der Annahme der alljährlichen Haushaltspläne, der Annahme der gemeinsamen Fischereipolitik, im Umweltbereich bei Themen wie beispielsweise Jungrobben oder Kraftfahrzeugemissionen oder im Verkehrsbereich bei den Gewichten und Abmessungen von Lastkraftwagen, der Liberalisierung des Luftverkehrs etc.

Auch der Rat "Allgemeine Angelegenheiten" hat sich dieser Verhandlungsmethode bedient, insbesondere um in mehreren Fällen die Verhandlungen über den Beitritt oder auch die aufeinanderfolgenden Lomé-Abkommen abzuschließen. Aber keine dieser Marathonsitzungen ist mit der denkwürdigen Tagung im Jahre 1961 zu vergleichen, auf der die Fundamente der gemeinsamen Agrarpolitik gelegt wurden: diese Tagung begann am 18. Dezember 1961, wurde während der Weihnachtstage kurz unterbrochen und ging schließlich am 11. Januar 1962 zu Ende. Um die gesetzte Frist – Ende 1961 – einzuhalten, führte der Rat bei dieser Gelegenheit den Begriff „die Uhr anhalten“ in die Gemeinschaftssprache ein.

Heutzutage ist die Zahl der Marathonsitzungen stark zurückgegangen, obgleich die BSE-Krise im April 1996 noch einmal Anlaß für ein gutes Beispiel für diese Art von Verhandlungen war. Grund für den allgemeinen Rückgang ist u. a. die allmähliche Rückkehr – seit Ende der 70er Jahre – zur Praxis der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit in den vom Vertrag vorgesehenen Fällen und der anschließenden Ausweitung dieser Art der Abstimmung gemäß der Einheitlichen Akte auf den Binnenmarkt (Artikel 100a) bzw. dem Vertrag von Maastricht auf eine Reihe anderer Sektoren.

Dagegen zeichnen sich diese letzten Jahre durch einige Neuerungen aus, und zwar zunächst einmal durch die „öffentlichen Aussprachen“ – etwa zwölf pro Jahr –, die 1992 vom Europäischen Rat in Edinburgh eingeführt wurden, um die Arbeiten des Rates transparenter zu gestalten. Bei diesen Tagungen geht es insbesondere um die Vorlage des Arbeitsprogramms des jeweiligen Vorsitzes sowie um Themen von allgemeinem Interesse, z. B. Vorlage des Agrarpreispakets durch die Kommission. Eine weitere Neuerung ist der „strukturierte Dialog“, der vom Europäischen Rat in Essen im Dezember 1994 als Teil der Strategie zur Vorbereitung der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) auf ihren Beitritt zur Union ins Leben gerufen wurde und in dessen Rahmen der Rat mehrere Male jährlich in verschiedenen Zusammensetzungen mit den Ministern der beitragswilligen Länder zusammentritt.

Dank des Beschlusses des Europäischen Rates in Brüssel im Jahre 1993 über den Sitz der Organe, konnte der Rat schließlich seinen Sitz und nicht nur seinen vorläufigen Arbeitsplatz in der belgischen Hauptstadt festlegen. Seit dem 29. Mai 1995 ist er im „Justus-Lipsius-Gebäude“ beherbergt, einem weiten Gebäudekomplex am *Rond-point Schuman*, der einen Konferenzteil mit Tagungs- und Empfangsräumen, Büros der Delegationen, Pressezentrum und Kantinen sowie einen Sekretariatsteil für das Generalsekretariat mit rund 2500 Beamten umfaßt. Das Justus-Lipsius-Gebäude, das – demnächst – Eigentum des Rates sein wird, hat das Gebäude „Charlemagne“ ersetzt, in dem der Rat von 1971 bis 1995 untergebracht war; vor dieser Zeit hatte der Rat sein Domizil im Gebäude „Ravenstein“ im Zentrum von Brüssel.

Insgesamt spiegelt die Geschichte des Rates getreu die Höhen und Tiefen der Entwicklung der Gemeinschaft und nun der Union wieder. Der Rat geriet durch einige Krisen ins Rampenlicht, die für immer im Gedächtnis bleiben werden, wie beispielsweise die von Frankreich im Jahre 1965 praktizierte „Politik des leeren Stuhls“ oder auch in jüngerer Zeit die vom Vereinigten Königreich im Frühjahr 1996 im Zusammenhang mit der BSE-Problematik verfolgte „Politik der Nichtzusammenarbeit“. Weitere Krisen haben für Schlagzeilen gesorgt, aber alles in allem ist die Bilanz positiv: es sind gemeinsame Politiken entwickelt worden, ehrgeizige Projekte wie der Binnenmarkt sind Wirklichkeit geworden, selbst wenn sie noch unvollkommen sind, andere Projekte wie die Währungsunion nähern sich ihrer Verwirklichung.

In der Zeit, in der der Rat seine 2000. Tagung – von den Anfängen der EGKS an gerechnet bald die 2500. – abhält, sehen sich die Union – und der Rat als deren zentrales Entscheidungsorgan – vor eine Reihe wichtiger Herausforderungen gestellt, die allgemein durch den Sammelbegriff „Agenda 2000“ erfaßt werden (¹).

Der erste Termin in diesem Zusammenhang ist der Abschluß der Regierungskonferenz, der möglichst im Rahmen der Tagung des Europäischen Rates in Amsterdam erfolgen soll; eines der Hauptziele dieser Regierungskonferenz liegt gerade darin, die Organe der Union „fit“ zu machen für die Bewältigung der größten dieser Herausforderungen, d. h. der künftigen Erweiterung auf 25 oder mehr Mitglieder.

Es ist noch zu früh, um zu sagen, was die Regierungskonferenz in diesem Bereich bringen wird: als wichtigste Fragen in bezug auf die Entscheidungsmechanismen des Rates werden eine Ausweitung der Beschlußfassung mit qualifizierter Mehrheit, eine neue Gewichtung der Stimmen der Mitgliedstaaten und die Einführung eines Verfahrens für verstärkte Zusammenarbeit (Flexibilität) erörtert. Fest steht allerdings schon, daß von der Lösung dieser Fragen – sowie der Fragen bezüglich der übrigen Organe – in hohem Maße die Erfolgchancen der Union bei ihren hochgesteckten Zielen abhängen werden.

In der Sonder-Pressemitteilung anläßlich der 3000. Ratstagung werden wir uns wieder mit einer Betrachtung zu diesem Thema melden.

*
* *

Anlage I: Statistiken

Anlagen II, III und IV: Teilnehmer und Tagesordnungen der Tagungen vom 25.1.1958, vom 3.7.1967 und vom 2.5.1985.

Anlage I

Entwicklung der ersten 2000 Ratstagungen nach Sachgebieten

[Entwicklung der ersten 2000 Ratstagungen nach Sachgebieten \(1967-1996\)](#)

ANLAGE II

Erste Tagung des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft

1. Termin: 25. Januar 1958
(Eröffnungssitzung)

2. Teilnehmerliste

Präsident: Herr VAN LAROCK (B)

Deutschland:

Herr von BRENTANO
Prof. L. ERHARD
Herr F. ETZEL

Frankreich:

Herr Ch. PINEAU
Herr P. PFLIMLIN
Herr M. FAURE

Italien:

Herr G. PELLA
Herr G. MEDICI

Luxemburg:

Herr J. BECH
Herr P. WERNER

Niederlande:

Herr J. LUNS
Herr H. HOFSTRA
Prof. Dr. ZIJLSTRA

Kommission:

a) EGKS:

Herr FINET
Herr SPIERENBURG
Herr COPPE

Herr DAUM
Herr WEHRER
Herr POTTHOFF
Herr REYNAUD

b) EWG:

Herr HALLSTEIN
Herr MALVESTITI
Herr MANSHOLT
Herr MARJOLIN
Herr LEMARGNIN
Herr REY
Herr von der GROEBEN
Herr PETRILLI

c) Euratom:

Herr MEDI
Herr de GROOTE
Herr SASSEN

3. Tagesordnung

1. Eröffnungsansprachen
2. Probleme, die sowohl den Gemeinsamen Markt als auch Euratom betreffen
3. Probleme des Gemeinsamen Marktes
4. Euratom-Probleme
5. Tagungskalender

ANLAGE III

Erste Tagung des Rates der Europäischen Gemeinschaften (Finanzfragen)

1. Termin: 3. Juli 1967

2. Teilnehmerliste

Präsident: Herr Karl SCHILLER (D)

Belgien: Herr HENRION

Frankreich: Herr DEBRE

Italien: Herr COLOMBO

Luxemburg: Herr WERNER

Niederlande: Herr de BLOCK

Herr WITTEVEEN

Kommission: Herr MARJOLIN

3. Tagesordnung

i) Kurzfristige Wirtschaftsprobleme:

a) Gedankenaustausch über die kurzfristige Wirtschaftslage in der Gemeinschaft

b) Leitlinien für die kurzfristige Wirtschaftspolitik im zweiten Halbjahr 1967: erste Beschlüsse für 1968

ii) Erklärung des niederländischen Finanzministers zur Definition der Rechnungseinheit in der

Gemeinsamen Agrarpolitik

iii) Stand der Arbeiten betreffend Steuerfragen

ANLAGE IV

1000. Tagung des Rates der Europäischen Gemeinschaften (Landwirtschaft)

1. Termin: 2.-5. Mai 1985

2. Teilnehmerliste

Präsident: Herr Filippo Maria PANDOLFI (I)

Belgien: Herr Paul de KEERSMAEKER

Dänemark: Herr Niels Anker KOFOED

Deutschland: Herr Ignaz KIECHLE

Herr Walther FLORIAN

Griechenland: Herr Constantinos SIMITIS

Frankreich: Herr Henri NALLET

Irland: Herr Austin DEASY

Luxemburg: Herr Marc FISCHBACH

Niederlande: Herr Gerrit BRAKS

Vereinigtes Königreich: Herr Michael JOPLING

Herr John MacGREGOR

Kommission: Herr Frans H.J.J. ANDRIESSEN

3. Tagesordnung

Vorschläge der Kommission zur Festsetzung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zu flankierenden Maßnahmen (1985/86)

i) Erzeugnisse

ii) Argomonetäre Aspekte

iii) Finanzielle Auswirkungen

(¹) Dieser Begriff umfaßt folgende Aspekte: WWU, Erweiterung, Finanzrahmen nach 1999, Reform der GAP und der Strukturpolitiken.